

## AKTUELL

ERSTER BERICHT

# Istanbul-Konvention in Luxemburg

Isabel Spigarelli

**Die Grevio analysiert in ihrem ersten Bericht über Luxemburg die hiesige Anwendung der Istanbul-Konvention. Das Urteil ist durchwachsen.**

Im Juli 2018 verabschiedete die luxemburgische Abgeordnetenversammlung den Gesetzesentwurf zur Annahme der Istanbul-Konvention, jetzt steht die Umsetzung auf dem Prüfstand: Die Expert\*innengruppe des Europarats zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Grevio) legte diese Woche ihren ersten Länderbericht zur Situation in Luxemburg vor. Bei der Istanbul-Konvention von 2011 handelt es sich um das erste verbindliche Übereinkommen auf internationaler Ebene, das Gewalt gegen Frauen und Mädchen bekämpfen soll. Die unabhängige Gruppe Grevio, 2014 ins Leben gerufen, überwacht die Anwendung durch die Staaten.

In Bezug auf Luxemburg stellt Grevio fest, dass es keine klare Definition von Gewalt gegen Frauen gibt. In der Tat sind Frauenmorde beispielsweise nicht gesondert im Strafgesetzbuch verankert oder werden als solche erhoben. Diese Umstände strich 2021 auch das European Institute for Gender Equality (Eige) in einem Länderbericht zu Femiziden in Luxemburg hervor. Grevio geht in seinem Bericht weiter und bemängelt: In Luxemburg werde nur der häuslichen Gewalt, nicht aber anderen Gewaltformen, die in der Istanbul-Konvention aufgelistet sind, ausreichend Beachtung geschenkt. Zwar hätte Luxemburg einige davon kriminalisiert, wie die Zwangsheirat oder die Genitalverstümmelung, doch reiche dies nicht aus.

## Dringende Änderung nötig

Einerseits fehle es der Politik allgemein an einer genderspezifischen Perspektive, andererseits seien zahlreiche Ansprechpartner\*innen, etwa Magistrat\*innen, unzureichend hierfür sensibilisiert. Der Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt verlange eine ganzheitliche und interdisziplinäre Herangehensweise aller Beteiligten. Darunter würden auch Präventions- und Schutzmaßnahmen sowie öffentliche Initiativen zur Bekämpfung aller Gewaltformen gegen Frauen fallen. „L’approche des autorités luxembourgeoises ne permet pas de cibler de manière distincte la violence fondée sur le genre à l’encontre des femmes et risque de l’invisibiliser“, schlussfolgert die Grevio.

Sie bezeichnet es als dringende Notwendigkeit, die Datenerhebung zu den Gewaltformen, die in der Istanbul-Konvention verankert sind, zu verbessern – vor allem im Bereich der Justiz. Dies ermögliche, die Wirksamkeit strafrechtlicher Maßnahmen im Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt zu analysieren und aufzudecken, inwiefern es einer Anpassung bedürfe. Die Forderung nach mehr geschlechtsspezifischen Daten und aussagekräftigen Zahlen der Justiz werden in Luxemburg regelmäßig von feministischen Organisationen an die Regierung herangetragen, bisher ohne Erfolg.

Allgemein fordert die Grevio, dass die Strafverfolgungsbehörden in Luxemburg wirksame Instrumente zur Risikobewertung erhalten. So sei beispielsweise weder bei der Polizei noch bei der Staatsanwaltschaft eine Einheit auf häusliche Gewalt oder andere Formen von Gewalt gegen Frauen spezialisiert. Solche Einheiten müssen laut Grevio unbedingt eingeführt werden, um den Schutz von Betroffenen zu verbessern.

Für die Grevio sind auch die juristischen Entscheidungen, die im Hinblick auf das Sorgerecht getroffen werden, Grund zur Sorge. „Le Grevio est préoccupé par le manque de régulation imposant de prendre en considération les situations de violence domestique“, schreibt die Gruppe, „et le fait qu’en pratique, la possibilité de limiter les droits parentaux de l’auteur de violence dans les contextes de violence domestique ne semble être que peu employée par les tribunaux.“ Die Schutzmaßnahmen für weibliche Betroffene häuslicher Gewalt seien zudem lückenhaft, besonders nach Ablauf der temporären Wegweisung der Täter\*innen. Es sei wichtig, weibliche Gewaltopfer bei der Wohnungsvergabe zu priorisieren, ihre finanzielle Unabhängigkeit zu fördern und das Angebot von Notunterkünften weiter auszubauen.

Dies sind einige von vielen Punkten, die die Grevio in ihrem Bericht thematisiert. Und so kommt das Dokument wenige Monate vor den Parlamentswahlen im Oktober genau richtig: Er bietet genug Stoff für einen neuen Koalitionsvertrag, in dem Gender-Fragen groß geschrieben werden

## SHORT NEWS

## Nach 406 Jahren: Ein neues Waldgesetz

(mes) – Es herrschte Übereinstimmung im Parlament. Alle 59 Abgeordneten, die abgestimmt haben, sprachen sich am vergangenen Mittwoch für das in 2018 auf den Instanzenweg geschickte Waldgesetz aus. Nach zahlreichen Änderungen soll das neue Gesetz die luxemburgischen Wälder erhalten und deren nachhaltige Bewirtschaftung fördern. Sowohl öffentliche als auch private Forstflächen – die etwa die Hälfte aller Wälder des Landes ausmachen – sind von dem modernisierten gesetzlichen Rahmen betroffen. Was vor fünf Jahren im ursprünglichem Gesetzesentwurf noch holprig definiert wurde, ist nun klarer: Als Wald gelten fortan mindestens 25 Ar große Pflanzenflächen, von denen zumindest ein Fünftel der Bäume eine Mindesthöhe von 5 Metern erreichen kann. Unter anderem neu: jedem\*r Fußgänger\*in, (Rad)Fahrer\*in und Reiter\*in ist nun der Zugang in private Wälder gewährt. Das allerdings auf eigenes Risiko, auch im Falle von Unfällen. Zudem sind Durchforstungen, bei denen über 40 Kubikmeter Holz anfällt, meldepflichtig. War zu Beginn eine Fünf-Jahre-Frist vorgeschlagen, gewährt das abgestimmte Gesetz Waldbesitzern nun drei Jahre Zeit, um durchforstete Flächen zu regenerieren. Man müsse sowohl die ökologische als auch die soziale Funktion des Waldes bewahren, um der neuen „klimatischen Realität“ standzuhalten, so Umweltministerin Joëlle Welfring (Déi Gréng) in der öffentlichen Sitzung. Ganze 18 Gesetze, von denen das älteste aus dem Jahre 1617 stammt, hebt die neue Regelung auf.

## Menschenrechte: Noch viel zu tun

(tj) – Am Dienstag stellte die Menschenkommission (CCDH) einen Forderungskatalog an die politischen Parteien vor. Zu den Themenbereichen zählen neben Inklusion, Menschenhandel und Kinderrechten auch Gender und LGBTIQ+-Menschen. Konkret wünscht sich die Kommission eine konsequente Umsetzung des Gender Mainstreaming, „au-delà du simple box-ticking“. Ebenfalls gefordert werden konkrete Maßnahmen, um die Repräsentation von Frauen in Entscheidungspositionen und in den Medien zu erhöhen. In puncto LGBTIQ+-Politiken sieht die CCDH Handlungsbedarf in den Gefängnissen, beim Abstammungsrecht und im Bereich der Immigration. Allgemein bedauert die Kommission, dass die Regierung ihren Gutachten nur wenig Beachtung schenkt und deren Anfrage oftmals nur aus formellen Gründen zu erfolgen scheint: „La CCDH ne peut s’empêcher de s’interroger sur l’intention des responsables politiques de lui demander son avis si par après il ne lui est pas accordé sa juste attention“. In diesem Kontext fordert die Menschenrechtskommission, dass ihre Ressourcen erhöht werden und der Posten eines professionellen Menschenrechtsverteidigers geschaffen wird. Anders sei es nicht möglich, den zahlreichen Anfragen Rechnung tragen zu können.

## Zum Tod unseres Autors Anton Landgraf

(tf) – War in der Artikelauswahl, die die woxx allwöchentlich von unserer Partnerzeitung Jungle World für die Interglobal-Seiten zugesandt bekommt, ein Text von Anton Landgraf enthalten, dann fiel die Wahl nicht schwer. Als langjähriger Redakteur der 1997 gegründeten Berliner Wochenzeitung verband er gründlich recherchierten Journalismus mit einer an Karl Marx orientierten materialistischen Kritik und einem eleganten, leicht verständlichen Stil. Wer mit ihm diskutierte, konnte nicht nur inhaltlich viel lernen, sondern bekam mit dem für Anton so typischen freundlich-verschmitzten Lächeln signalisiert, dass es ihm um die Sache und das gemeinsame Weiterdenken, nicht um das eitle Bloßstellen seines Gegenübers ging. Auch nach seinem Wechsel zu Amnesty International (wo er von 2004 bis 2016 Redakteur des Amnesty Journal und danach Leiter der Abteilung Presse, Online und Publikationen war), blieb er der Jungle World als Autor und engagierter Mitherausgeber verbunden. Die woxx begleitete er ebenfalls mit Wohlwollen und sagte bei direkten Textanfragen aus Luxemburg niemals nein. Zuletzt hat er im vergangenen April für uns in der woxx 1729 über die Pleite der Silicon Valley Bank geschrieben. Am vergangenen Wochenende ist Anton Landgraf (\*1964) an den Folgen eines Herzinfarktes verstorben, wie wir fassungslos erfahren mussten. Wir trauern um einen klugen Autor und einen freundlichen, humorvollen Menschen; seiner Familie sowie den Berliner Kolleg\*innen aus dem Umfeld der Jungle World und allen, die ihm nahe standen, sprechen wir unser herzliches Beileid aus.